

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW, 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Docwetz-Verlag GmbH,
Berlin SW, 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Die Filmgelder des Marineamts.

Untersuchung eingeleitet. — Kapitän Lohmann vom Dienst suspendiert.
Beleidigungsklagen statt Aufklärung.

Die Reichsmarineverwaltung im Reichswehrministerium erklärt, daß sie an den Reichsanwalt die Bitte gerichtet habe, die in der Presse erhobenen Anklagen wegen hoher Zuwendungen an eine Filmgesellschaft untersuchen zu lassen...

Selbsterständlich kann eine bloß finanzielle Untersuchung der Angelegenheit die notwendige Klärung längst nicht bringen; denn es handelt sich ja nicht nur darum, daß Reichsgelder hergegeben worden sind...

Auf diesen Punkt ist überhaupt stark hinzuweisen. Die gewaltigen Verpflichtungen, die das kaiserliche Deutschland durch Ausgabe seiner Banknoten, Darlehnsanleihe und insbesondere der Kriegsanleihe gegenüber vielen Millionen Deutscher ungewisselhaft übernommen hat...

ständig gestrichen und aus der Welt getilgt worden. Da hört man auf einmal, daß Zahlungsansprüche irgendwelcher Industriefirmen, die doch gewiß im Kriege sich glänzend bezahlt gemacht haben...

Ministerbürgschaften für Filmkredite.

Das „Berliner Tageblatt“ leuchtet in die Deckkonstruktionen des Reichswehrministeriums hinein, die den Zusammenhang der Phoebus-Film A.-G. mit dem Geheimfonds des Marineamts verbergen sollen.

„Wir stellen fest, daß der vorliegende 3-Millionen-Mark-Kredit durch die Deutsche Girozentrale gelassen ist. Die Zahlung erfolgte auf Grund einer Bürgschaftserklärung, unterschrieben vom Reichsanwalt Luther, Reichsfinanzminister Reinhold, Reichswehrminister Gessler und vom Admiral Jenker...

Man wird an das Reichsmarineamt unbarmherzig die Sonde der Staatskritik anlegen müssen. Es scheint, daß diese Behörde überfetzt ist mit Personal und mit Mitteln.

Neuer Kurs in Wien.

Reaktion in der Polizei, Triumph der Korruption.

Ein Wiener Filmphotograph erzählte unserem Sonderberichterstatter wenige Tage nach dem Drama des 15. Juli, daß er seine Aufnahmen von einem Balkon im vierten Stock eines Hauses in der Nähe des Justizpalastes in jenen gräßlichen Stunden nur unter schwerer Lebensgefahr machen konnte.

Wenn aber so nahe am Schlachtfeld schon die Schüsse so hoch gingen — was für eine Erklärung sonst dafür, als daß viele Polizisten in die Luft geschossen haben, als ihnen befohlen wurde, auf die Demonstranten zu feuern.

Der Referent auf der Wiener Parteikonferenz am 18. Juli, Otto Bauer, hat dort aus eigener Beobachtung festgestellt, daß von zwei Polizeitrupps vor dem Parlament der eine scharf, der andere überhaupt nicht geschossen hat.

Die über den eintägigen Proteststreik hinausgeführte Stilllegung der staatlichen Verkehrsbetriebe ist in der Sorge um das Gesamtwohl abgebrochen worden, als die Abwehr einer unmittelbar drohenden Ausnützung des Juddramas zu reaktionärer Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Zustände gelangen schien.

Das Vorspiel war der Aufmarsch der bewaffneten Heimwehren in Tirol und Steiermark. In beiden Fällen hat man von einem Einschreiten der Entente, wie es gegen die Wiener Gemeindevache geübt worden ist, nichts gehört.

Die Reaktion lebt vor allem jetzt in der Wiener Bundespolizei aus. Der Präsident Schöber hat seelenruhig 126 000 M. Geldspenden der Industriellen und der Banken für die Polizei angenommen.

Nach außen hin ist der neue Polizeikurs auch nicht zu verkennen: Die politischen Flüchtlinge aus den verschiedenen Ausländern, denen die Bundesverfassung das Asylrecht gewährt, wurden aus ihren Baracken ausgehoben, durchsucht und drei von ihnen kurzerhand ausgemietet; sie sollten schon „an

Ein Ausschub möglich!

Morgen will Thayer entscheiden.

Bedham, 9. August.

Nach einer halbstündigen Verhandlung mit dem Staatsanwalt und der Verteidigung gab der Richter Thayer bekannt, daß er über die Anträge betreffend Aushebung des Urteils gegen Sacco und Vanzetti und Aufschübung der Vollstreckung des Urteils morgen vormittag entscheiden werde.

Zahlreiche Berliner Betriebsräte, Belegschaftsversammlungen, Gruppen von Siedlern usw. senden uns die Protestentscheidungen zu, die sie an die amerikanische Botschaft in Berlin gerichtet haben.

Die Alibizeugen beantragen Meineidsverfahren.

Boston, 9. August.

Sieben Personen, die seinerzeit in dem Sacco-Vanzetti-Prozess das Alibi der Angeklagten beschworen hatten, haben nunmehr ein Meineidsverfahren gegen sich beantragt mit der Begründung, daß sie durch die Verurteilung Saccos und Vanzettis als Lügner hingerichtet worden sind.

Heute Proteststreik in Nordamerika.

New York, 9. August.

Für Dienstag sind in zahlreichen Städten Protestkundgebungen gegen das Urteil über Sacco und Vanzetti angekündigt. Für New York rechnet man mit einer halben Million Streikenden.

Der Pariser Proteststreik.

Paris, 9. August. (Eigenbericht.)

Den Proteststreik haben geschlossen die Bauarbeiter und die Logchauffeure mitgemacht. Bei dem Personal der großen Verkehrsunternehmungen wurden die Streikenden durch die dienstfreien Beamten ersetzt.

Stockholm — Kopenhagen.

Stockholm, 9. August.

Gestern abend fanden hier große Demonstrationen zugunsten Saccos und Vanzettis statt.

hatten sich über 50 000 Menschen versammelt. Unter den vielen Rednern befand sich auch der Rechtsanwalt Georg Branting, der kürzlich Sacco und Vanzetti in Amerika besucht hat.

Kopenhagen, 9. August.

5000 Menschen veranstalteten gestern Kundgebungen für Sacco und Vanzetti. Nach Annahme einer Protestresolution marschierte die Versammlung im Demonstrationzuge zur amerikanischen Gesandtschaft, wurde aber von einem starken Polizeiaufgebot daran gehindert.

Die USA-Botschafter drücken sich.

Brüssel, 9. August. (Eigenbericht.)

Der nordamerikanische Botschafter weigerte sich, eine Abordnung des Generalkongresses der Arbeiterpartei zu empfangen und von ihr den Protest gegen die beabsichtigte Hinrichtung von Sacco und Vanzetti entgegenzunehmen.

Der Haß gegen die Ausländer.

Eine Erklärung gegen Anarchisten und Faschisten.

Hoquiam (Washington), 9. August.

Das Kongressmitglied Albert Johnson, der den Vorschlag im Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses führt, daß eine Erklärung ab, in welcher er die Ausländer warnt, an den Protestkundgebungen in der Angelegenheit Sacco und Vanzetti teilzunehmen, da sie dadurch ihre Aussicht auf Naturalisierung verlieren und des Landes verwiesen werden könnten.

Johnson fügte hinzu, die Demonstrationen in anderen Ländern machten auf die Vereinigten Staaten keinen Eindruck. Sacco und Vanzetti seien Banditen, Mörder und Anarchisten, die niemals in den Vereinigten Staaten hätten zugelassen werden sollen.

Explosion in Magdeburg.

Eine Tote, sieben Schwerverletzte.

Magdeburg, 9. August.

Bei einer Feuerwerksfestlichkeit, die in einem Fort bei Magdeburg ihren Sitz hat, ereignete sich heute morgen eine schwere Explosion. Bisher sind eine Tote und 7 Schwerverletzte festgestellt.

die Grenz gestellt werden. Die Beschwerde beim Landes-
hauptmann Seig hinderte den Vollzug. Einer der Aus-
zuweisenden ist in Horthy-Ungarn zum Tode verurteilt. Die
Streitdrohung seiner Arbeitskollegen im Hammerbrotwerk
beim Bundeskanzler hat diesen Arbeiter zunächst gerettet.
Und bei zwei sowjetrussischen Handelsbüros in
Wien verlangte die Polizei die Liste der ausländischen
Angestellten — obgleich ihre Namen der Regierung
bekannt sind, da sie die Einreise und Aufenthaltserlaub-
nis haben einholen müssen. Die Ausfuhr nach Rus-
land ist eine Hauptfrage auch für die Industrie Deutsch-
lands. Daher will die Stadt Wien eine Ausfallgarantie über-
nehmen und am 14. Juli war Prof. Venggel von der Sowjet-
handelsmission in Berlin zu solchen Verhandlungen in Wien
eingetroffen. Im Parlament aber verlas der Vizekanzler
Hartleb einen Bericht Schobers, der Venggel förmlich als
einen Anstifter der Demonstration vom 15. Juli hinstellte, ob-
wohl sie offensichtlich nur durch das Schattendorfer Urteil
ausgelöst war, das ja die Reihe von Freisprüchen faschistischer
Arbeitermörder nur um einen aufreizenden Fall fortsetzte.
Wie aber diese Haltung des sonst so demütigen Staates gegen
Rusland das Geschäft mit ihm fördern kann — danach fragt
Seipel nicht.

Das Verbot des sozialistischen Bodenseetreffens in Bre-
genz durch den Landes- und Heimwehrhauptmann Ender
gehört natürlich auch zum neuen Kurs, dessen Bild durch einen
kennzeichnenden Schlussstrich vorläufig vollendet sei: Der wegen
Erpressung zu sieben Monaten Kerker rechtskräftig verurteilte
Journalist Alexander Weiß, ehemals geschäftsführend
linksradikal, hat sich zum Sozialistenverleumder im Interesse
der Reaktion gewandelt. Er betreibt dieses saubere Hand-
werk nun schon in drei Schimpfblättern, die Redaktions-
adresse und -telefon mit der Zeitung der Großdeutschen
Volksmehrheit — gemeinsam haben und in der Druck-
erei dieser Regierungspartei hergestellt werden. Der Sohn des
christlich-sozialen Abgeordneten Gürtler ist der Rechts-
anwalt des jüdischen, ehemals sozialjagend über-marxisti-
schen Weiß. Und dieser Weiß erhält, seitdem er die Bekämpfung
des Sozialismus durch Einstellung des Privat-
lebens einzelner Sozialisten betreibt, immer wieder
Strafauflage, weit hinaus über die gesetzlich zugelassene
Höchstdauer, und trotz Nichtvorliegen der gesetzlichen
Strafauflagegründe. Aber — die Richter geben selbst zu,
dass sie, unter starkem Druck stehend, diese Strafauf-
schieberei mitmachen müssen. Dies ist der neue Kurs in
Deutschösterreich! Er wird schließlich nur die Aufsehung und
damit die Sozialdemokratie stärken.

Beilegung des Konflikts um die Gemeindegewache.

Der Gesandte eines Nachbarstaates in Wien
sagte einem Ausrufer, daß die Mitteilung des Bürger-
meisters Seig über die Auflösung der Gemeindegewache
in den ausländischen Vertretungen Genugtuung ausgelöst
habe, wobei man sich nicht verhehlen dürfe, daß bei einer
Weigerung des Bürgermeisters es in außenpolitischer Beziehung für
Österreich zu unangenehmen Konsequenzen gekommen wäre. Der
Gesandte fügte hinzu, daß man sich in den ausländischen Vertretungen
auch mit dem Problem der allgemeinen Abrüstung aller
Parteien in Österreich befaßt habe, daß man aber
in dieser Frage nur zu dem Ergebnis gelangen konnte, zu hoffen,
daß es der österreichischen Regierung gelingen werde, diese Ange-
legenheit durch eine Aussprache mit den einzelnen Parteien zu be-
reinzeln.

Branddirektor Wagner, der das Kommando der Ge-
meindegewache übernommen hat, erklärte einem Mitarbeiter desselben
Blattes, daß die neue Gemeindegewache vor allem ein Aufsichts-
organ in den großen städtischen Betrieben dar-
stellen solle. Ferner wird die Gemeindegewache im Rettungswesen,
Feuerwehrdienst usw. gefordert. Für Massenkatastrophen und für
Fälle blutiger Demonstrationen soll auch die Ge-
meindegewache herangezogen werden können. Die Organe der Ge-

meindegewache sollen als Waffe Gummiknüppel erhalten. Pistolen
sollen nur für den Nachtdienst an gefährdeten Orten, also beispiels-
weise in den städtischen Forsten ausgegeben werden.

Die KPD. als Generalstaatsanwalt.

Sie klagt die Opposition des Landesverrats an.

Die Zentrale der KPD, ledt den Kletterstiefel Stalins. Ihre
Delegation zum Plenum des Zentralkomitees der russischen KP. hat
eine Erklärung abgegeben, die kurz gesagt die russische und die
deutsche kommunistische Opposition des Landesverrats gegen
Sowjetrußland beschuldigt, und nach der starken Hand ruft.
Der Schluß der Erklärung lautet:

„Die deutschen Kommunisten erwarten von dem jetzt tagenden
Vereinigten Plenum des ZK. und der ZK. der KPSd., daß es
durch entschiedene Maßnahmen mit diesen antiproletarischen,
antikommunistischen Strömungen der Oppositionsführer
aufräumen wird.“

Unsere Partei steht vor einer Reihe schwerster Prüfungen und
größter Krisen. In angestrengter Arbeit rüsten sie sich zum
ernstesten Kampfe der Geschichte, zum Kampfe für die Ver-
teidigung des Vaterlandes aller Werktätigen
gegen den Weltimperialismus. In diesem Augenblicke vertrauen die
KPD. so sehr wie noch nie der führenden Bruderpartei, der KPSd.,
und ihrem bolschewistischen ZK.“

Unterzeichnet ist diese Erklärung von Hermann Remmele, Hugo
Eberlein und Heinz Reumann. Wir gratulieren zum Ananement
zu Generalstaatsanwälten Stalins. Sie sind in
Landesverratsanfragen schon fast ebenso tüchtig wie der Ober-
reichsanwalt!

Stahlhelmwaffen.

Umfangreiche Beschlagnahme beim Jung-Stahlhelm.

Aus Göttingen wird gemeldet, daß die Polizei in Hannover-
Münden Waffen beim Jung-Stahlhelm beschlagnahmt. Es handelt
sich dabei um Mäuser- und Armeepistolen, eine Anzahl Eierhand-
granaten und eine große Anzahl von Patronen. Das Strafver-
fahren gegen die rechtsradikalen Waffensammler ist bereits eingeleitet.

Hoffnung auf Genf.

Pariser Linkspresse gegen neue Deutschlandhege.

Paris, 9. August. (Eigenbericht.)

Der „Temps“, der in der gehässigen Polemik der französi-
schen Rechtspresse gegen Deutschland den Ton angibt, versucht
Deutschland, vor allem die deutsche Presse, für den
Stillstand in der deutsch-französischen Annäherungspolitik verant-
wortlich zu machen. Er beschuldigt insbesondere die deutsche
Linkspress, die Haltung der deutschen Nationalisten und Mil-
litaristen mehr oder weniger mitzumachen, und dadurch das An-
sehen gegen die deutschen Absichten zu rechtfertigen, das in allen
alliierten Ländern von Tag zu Tag zunimmt. Mit welchen ver-
gifteten Waffen das Blatt dabei kämpft, zeigt der Umstand, daß es
die Veröffentlichung der „Reinheits“, die von dem weitest-
größten Teil der französischen Presse als amtliches Dokument hin-
gestellt worden ist, trotz des längst ergangenen Dementis als un-
widerprochen bezeichnet, um daraus bewußt falsche
Schlußfolgerungen auf die Politik und Denkwelt Deutsch-
lands zu ziehen. Man muß sich fragen, welche Zwecke der
„Temps“ mit seiner gehässigen Polemik, die noch unter das Niveau
der ultramonarchistischen Organe „Liberté“ und „Action française“
gesunken ist, mit dieser lässlichen Brunnengiftung verfolgt.

Um so erfreulicher ist es, daß auch in Frankreich mit der
großen Mehrheit der Bevölkerung die gesamte Linkspresse
sehr entschieden von dieser Hege abtrüdt. So rednet am
Montag Grumbach im „Populaire“ sehr energisch mit diesen ver-
gifteten Methoden ab. Er nennt die gegen Deutschland gerichtete
Pressekampagne um so bedauerlicher, als auch ein Teil der bür-
gerlichen Linkspresse darauf hineingefallen und selbst vor groben Ver-
drehungen der Tatsachen nicht zurückgeschreckt sei. Den Grund für
die neue Spannung in den deutsch-französischen Beziehungen

sieht er u. a. in der Zugehörigkeit der Deutschnationalen zur Reichs-
regierung. Grumbach gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die neue
Zusammenkunft Briands und Stresemanns während
der Sommerferien des Bölkerbundes Gelegenheit geben werde,
die Mißverständnisse der letzten Wochen zu klären.

Das ist auch die Auffassung hiesiger zuständigen Stellen,
die von der Tagung und Zusammenkunft in Genf Klärung und Besei-
gung der Atmosphäre (sowie eine Wiederbelebung der seit Thoiry
zum Stillstand gekommenen deutsch-französischen Annäherung er-
warten.

Pilsudskis Dickhädel.

Er hat sich über seine Landsleute „gelekt“.

Warschau, 9. August.

Die Rede, die Pilsudski gestern auf der Tagung der polnischen
Legionen in Kasich hielt, und die durch das Radio verbreitet
wurde, erregt das größte Aufsehen und dürfte noch politische Folgen
haben. Die Rede war ein historischer Rückblick und voll scharfer
Angriffe gegen diejenigen politischen Kreise, die seinerzeit sich
nicht unter seine Führung stellen wollten. Er warf ihnen Unter-
würfigkeit gegenüber „fremden Faktoren“ vor und geißelte die Un-
eignigkeit in Polen, die zum vollständigen Parteimierwahr ge-
führt habe. Wörtlich sagte er: „Ich rechne es geradezu zu den Wun-
dern in meiner Arbeitszeit, daß ich aus diesem Chaos einen Aus-
weg fand und die Polen zwang, die ersten Schritte zu tun. Das
hat mir aber alles Verhandeln mit Polen vereitelt, hätte ich nicht meinen harten Schädel, so wäre ich verrückt geworden.
Ich erfordere damals für mich allerlei Aphorismen und Wis-
sente, nach meinem Tode wird man sie herausgeben, obgleich sie
das polnische Volk unter die Idioten verweisen. So sehr habe
man mir das Verhandeln mit Sejmleuten ein für allemal vereitelt.“
An diese Ausfälle schloß dann Pilsudski die Aufforderung, künftig
einig zu sein und nur dem Vaterlande zu dienen.

Die drastische und oft grobe Redeweise des Marschalls ist zwar
längst bekannt, diese Rede erregt aber dennoch großen An-
stoß. Besonders die Presse der polnischen Rechtsparteien ist erbittert
und kündigt eine Stellungnahme an.

Europäischer Nationalitätenkongress.

35 Nationen — 40 Millionen Menschen vertreten.

Der 3. Nationalitätenkongress findet vom 22. bis 24. August in
Genf statt. Es werden über 35 verschiedene Minderheitsgruppen
aus allen Teilen Europas, die zusammen eine Bevölkerung von
über 40 Millionen Menschen umfassen, beteiligt sein. Es sind vertreten:
die Dänen aus Deutschland, die Schweden aus Estland,
die Katalaner aus Spanien,
die Deutschen aus Dänemark, Estland, Ungarn, Italien,
Jugoslawien, Litauen, Polen, Rumänien und der Tschecho-
slowakei,
die Polen aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Lettland,
Litauen und Rumänien,
die Russen aus Polen, Estland und Lettland,
die Juden aus Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der
Tschechoslowakei und Bulgarien,
die Kroaten aus Oesterreich,
die Slowenen aus Italien und Oesterreich,
die Tschechen aus Oesterreich und
die Ukrainer aus Rumänien.

Dazu kommen die Ukrainer, die Weißrussen und die Litauer
Polens, die bisher eine Erweiterung des Kongressprogramms in
der Richtung des Selbstbestimmungsrechts forderten, und mit denen
die Verhandlungen noch schweben. Desgleichen die Rumänen
Jugoslawiens und die Serben Rumäniens, die gleichfalls am Kon-
gresse teilnehmen wollen.

Die Tagung wird vom Präsidenten der beiden bisherigen
Nationalitätenkongresse, dem slowenischen Abgeordneten im
italienischen Parlament, Dr. J. Biljan, eröffnet werden und sich
dann mit der Frage „Gefährdung des europäischen
Friedens durch nationale Unzulässigkeit“ befassen.
Es soll sich hierbei um die Freistellung handeln, wie weit die
nationale Unzulässigkeit die Beziehungen zwischen den Völkern selbst
vergiftet und so zu einer der wesentlichsten Konfliktursachen in
Europa wird. Der Kongress wird auch dieses Mal sich konkret mit
allen die Minderheiten interessierenden Fragen befassen.

Locarno.

Von Günther Sibo.

„Besuchen Sie den Saal der Friedenskonferenz!“
Auf italienisch, französisch, deutsch und englisch rufen es dir die
Plakate des Magistrats von Locarno zu; eine Idee städtischer Plakaten
— unter denen bekanntlich niemand ungestraft wandelt — flankiert
die Villa della Pace, die zum Schmutzgerichtsaal führt, denn das
war die frühere Bestimmung des jetzigen Saales de la Conférence.

Entrée 50 Centimes — und du darfst eintreten in den Saal,
durch dessen weite hohe Fenster, die während der Konferenz mit den
Fahnen der beteiligten Völker geschmückt waren, die schneegetränkten
Gipfel des Lago Maggiore hineinleuchten. Die Fahnen hängen jetzt
von der Decke des Saales herab, und an den Wänden grüßen dich
die dir aus allen illustrierten Zeitungen der Welt wohlbestimmten
Bilder: Chamberlain besucht Stresemann — Stresemann beim
Frühstücken — Briand beim Morgenpaziergang — und was es
sonst noch damals gab an demütigen Augenblicken zu Bande und an
Bord des Dampfers „Orangerie“, wo im Kreise der Minister
auch Rüstsch Chamberlain zu sehen ist.

Eine mächtige Marmortafel kündigt, daß in diesem Saal „eine
neue Zeit des Friedens für das vom Kriegszustand durchzitterte Europa
begonnen habe“, und an der gegenüberliegenden Wand hat man den
Pendel der Schweizer Uhr in jenem Augenblick angehalten, als mit
goldener Feder — die die Stadt Locarno zu diesem Zwecke stiftete —
die Minister das Friedensprotokoll unterzeichneten; ihre Namen sind
eingraviert in das Messing des Pendels und schimmern im Sonnen-
lichte des südlichen Sommermittags. Auf dem Tische liegen noch
die Schreibmaschinen, wie sie zur Zeit der Konferenz gelegen haben,
noch stehen die gleichen Blumenvasen, und nach der Anzahl der
Rauschschalen zu schließen, haben die Beratungen viel Tabak gefressen.
Die Stühle werden vom Führer gezeigt, auf denen Dr. Luther,
Stresemann, Briand, Chamberlain und die anderen konferenzierenden
Premiers gesessen haben, und die roten Ledersitze zeigen noch die
Einbuchtungen, die ihre Körperlichkeit in aufstrengenden Sitzungen
hinterlassen hat. Nur die Perseerteppiche, die während der Konferenz
griegen haben, hat man entfernt; sie waren zu schade für die
Touristenkarawanen.

„Und was haben Sie sonst noch Sehenswertes hier?“ fragte den
Kastellan ein Herr mit grünem Bodencap und unersäglichem
Berliner Dialekt.

„Wenn Sie nachher auf der Straße nach Bellinzona fahren —
dort auf der Bergstraße an der ersten Kurve hinter der Stadt — die
weiße Villa — der frühere deutsche Kronprinz soll sie vor kurzem
gekauft haben.“ erwiderte der Kastellan und dankte, der Atmosphäre
des Raumes entsprechend, friedlich für das empfangene Trinkgeld.

Der Astronom als Kunstkritiker.

Trotzdem eine moderne Richtung in der letzten Zeit gerade das
Gegenteil behauptet hat, ist und bleibt die Nachahmung der Natur
das höchste Ziel des Künstlers. Aber Künstlergenies suchen doch mehr
die Schönheit als die Wahrheit, und so gelingt es denn dem Fach-
kennner auf einem Gebiet, bei Betrachtung von Bildern sehr häufig
Unrichtigkeiten zu erkennen, die der Maler nicht beachtete. Wenn
ein Fortmann durch die alljährlichen Ausstellungen von Jagd- und
Tierbildern geht, weiß er den Malern gar manchen schlimmen Fehler
anzukrediten. Aber daß ein Löwe mit Pferdehufen oder ein Ober-
mit Gemüßhörnern dargestellt wird, das wird ihm doch nicht be-
gegnet. Dagegen finden sich derartig groteske Irrungen bei der
Darstellung der Gestirne in der bildenden Kunst, wie der Astronom
Prof. Blahmann in dem „Naturforscher“ hervorhebt. Verhältnis-
mäßig am wenigsten wird bei der Wiedergabe der Sonne gesündigt.
Sie wird höchstens zu groß gegeben. Ihr nur wenig schwankender
Winkeldurchmesser beträgt 32 Minuten, so daß der lineare Durch-
messer auf dem Bilde nicht ganz den hundertsten Teil des Abstandes
ausmachen sollte, in dem der Künstler den Beschauer zu stellen
wünscht. Da uns Mond und Sonne in der Nähe des Horizonts zu
groß erscheinen, so ist der Maler im Recht, wenn er diesem Sach-
verhalt Rechnung trägt, aber meistens übertreibt er. Das hoch-
stehende Tagesgestirn entzieht sich der malerischen Darstellung wohl
überhaupt wegen der Blendung, die nur bei ganz bestimmter Witten-
gung fehlt. Auch wenn der Künstler das majestätische Bild des
gestirnten Himmels hervorzaubert, tut er meistens des Guten zu viel.
Bei einer Dämmerung, die Berge, Wälder und Gebäude noch gut
erkennen läßt, sind in der Natur die meisten Sterne schon aus-
gelöscht, Sterne zweiter Größe kommen da nicht mehr in Betracht,
und von denen erster Größe sieht man nur noch außer den Pla-
neten Venus, Jupiter und Mars einige sehr helle Fixsterne. Diese
stehen aber so weit auseinander, daß sie auf einem einzigen Bilde
kaum erscheinen können. Bleibt der sachkundige Betrachter des Bildes
noch die Jahreszeit und die Lage des Dämmerungsbogens, also die
Himmelsgegend nach der der Beschauer späht, in Betracht, so wird
er sehr oft zu dem Ergebnis kommen, daß da überhaupt kein heller
Stern stehen darf, wo der Maler eine Fülle von Lichtpunkten ange-
bracht hat. Der Himmel wird also einfach zur leeren Staffage, auf
der Sterne nach Belieben angebracht sind. Die schlimmsten Fehler
aber begehen bei der Wiedergabe des Mondes. Er ist nach Blah-
manns Urteil „das Mädchen der Kunst“, das in der bildenden Kunst
schlechter wegliegt, als irgendein anderes Gestirn. Der Mond hat
nämlich Phasen, auf deren Unterschiede wir schon in der Volksschule
hingewiesen werden. Der Künstler aber kehrt sich häufig nicht daran,
so findet man Darstellungen, wo die nach oben rechts geöffnete
abnehmende Morgensichel dargestellt wird, während es sich ganz
offensichtlich auf dem Gemälde um eine Abendstimmung handelt, auf
dem die zunehmende Sichel oben nach links geöffnet erscheinen müßte.
Das wird ganz grotesk, wenn etwa auf einer Illustration des
schönen Abendliedes „Wade bin ich, geh zur Ruh“, das vor keinem
Bett liegende Kind zu sehen ist, dem die Morgensichel durchs Fenster
aufhaut. Ebenso peinlich ist es, wenn dieselbe Sichel über der Be-

gegnung des Herrn mit den Sängern von Emmaus blinkt und zum
Ueberflus noch darunter zu lesen ist: „Heer bleibe bei uns, denn es
will Abend werden.“ Auf einem solchen Bilde dürfte aber nicht
einmal die Abendstichel zu sehen sein, sondern wegen des jüdischen
Ostertages nur der Vollmond.

Restaurierung altrussischer Kunst. Die 1918 unter der Regide
Igor Grabars von der Sowjetregierung ins Leben gerufenen „Staat-
lichen Restaurationswerkstätten“ haben jetzt ihre dritte Ausstellung
veranstaltet. Den Glanzpunkt bilden, wie dem „Cicerone“ berichtet
wird, einige 30 große und kleinere Monumentale, teilweise aus dem
zweiten und dreizehnten Jahrhundert, die, von zahllosen Ueber-
malungen und späteren Zutaten befreit, nun ihre alte Schönheit
zeigen. Auf der Ausstellung wird auch das Verfahren der Restau-
rierung veranschaulicht, das unendliche Geduld, Geschicklichkeit und
genaue Kenntnis der spezifisch russischen Maltechniken erfordert. Nicht
mindere Kunstfertigkeit, ja vielleicht noch mehr künstlerische Intuition
verlangte die Wiederherstellung der herrlichen Bildwerke des
sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts. Die Sensation der Aus-
stellung bildet jedoch die nach völliger Restaurierung zum erstenmal
öffentlich gezeigte Madonna, die Grabar, der sie 1924 im Ural ent-
deckte, für das allerdings übermalte Original der verschwindenden
„Madonna del Popolo“ Raffaels hält. Aufmerksamkeit erweckt auch
ein „Ecce homo“ großen Formats, der sich seit dem Beginn des
neunzehnten Jahrhunderts in einer Moskauer Kirche befand und
dem Jan Mostaert zugescriben wird.

Kampf mit Doctobristen. Der Litauer Kasimir Grauzinis
hat an der Pariser Universität zur Erlangung der Würde eines
Dr. jur. eine Dissertation eingereicht und verteidigt, die den Titel
„La question de Vilna“ (Die Vilnafrage) trägt. Diese Dissertation
ist in Paris bereits in Buchform erschienen und enthält alle Mate-
riale zur Vilnafrage, die in den Archiven von Romo, Warschau,
Genf und Paris zerstreut sind. In der Sache selbst verteidigt
Grauzinis Litauens Ansprüche auf das Vilnagebiet, kommt aber
den Polen insofern entgegen, als er Litauens Verpflichtung aner-
kennt, die durch die Agrarreform enteigneten polnischen Gutsbesitzer
voll zu entschädigen. Als Gegenstück zu dieser Dissertation ist nun
aber gleichzeitig eine Schrift des Polen Lauer Goruchowski er-
schienen, in der bestritten wird, daß Rußland im litauisch-russischen
Friedensvertrage von 1920 das Vilnagebiet noch rechtswirksam an
Litauen abtreten konnte, da es doch schon am 18. August 1918
sämtliche die Teilung Polens betreffende Verträge außer Kraft ge-
setzt hatte und infolgedessen „das Vilnagebiet automatisch an
Polen zurückfiel.“

Die ersten Premieren der Volksbühne u. U. Bekanntlich erhalten die
Mitglieder des Vereins Volksbühne Vorstellungen nicht nur im eigenen
Saal des Vereins, sondern auch in mehreren anderen Theatern. Die
ersten Reueinstudierungen der kommenden Spielzeit werden sein: im Theater
am Bülowplatz „Der Mann“, im Theater am Schiffbauerdamm
„Die Wälder“, im Thalia-Theater „Der rote Kahn“, in der
Eisbühnen-Säle „Tosca“, wie leben! Lieber den Spielplan der
Staatoper am Platz der Republik kann Endgültiges noch nicht gesagt
werden.

Eine Brücke des Friedens. Zwischen England und Vereinigte Staaten.

New York, 9. August.

30 Kilometer flussaufwärts oberhalb der Niagarafälle ist eine neue amerikanisch-kanadische Brücke dem Verkehr übergeben worden. Sie liegt 35 Meter hoch über dem Wasser, ist 1 1/2 Kilometer lang, und breit genug, um drei Automobile nebeneinander in beiden Richtungen passieren zu lassen. Dies mächtige Bauwerk ist bereits seit Anfang Juni in Benutzung; bereits sind mehr als eine Million Autos darüber gefahren. Am Sonntag wurde der Verkehr noch einmal gesperrt, um sie offiziell zu eröffnen. Sie wurde auf dem Namen Friedensbrücke getauft, und die Eröffnungsfest zu einer großen Kundgebung angelsächsischen Zusammenhaltens gestaltet.

Von England war Ministerpräsident Baldwin und der Thronfolger über den Ozean gekommen; von Kanada nahm Ministerpräsident King teil, von den Vereinigten Staaten erschienen Vizepräsident Dawes, Staatssekretär Kellogg und Schmitt, der Gouverneur von New York-Staat. Es wurden insgesamt zwölf Reden gehalten, die nur je zwei Minuten dauern sollten. Sie erinnerten an den hundertjährigen Frieden zwischen den beiden Nationen. Zur allgemeinen Überraschung kümmerte sich Dawes nicht um die Redezeit, sondern hielt eine Rede über den Krieg, die mit ihrer leichten Kritik an Coolidge schon als eine Kandidatenrede für die Präsidentschaft aufgefaßt wird. Dawes sagte unter anderem:

„Die Genfer Konferenz war nur ein Zwischenfall auf dem Weg des steten Fortschritts der Grundzüge, über die sich die großen Seemächte bei der Washingtoner Konferenz geeinigt haben und auf Grund deren die beiden großen englisch sprechenden Völker sich gegenseitig zur Anerkennung der Gleichheit ihrer Flottenstärke verpflichtet haben. Die Einberufung der Konferenz war kein Fehler. Sie hat abermals den Wunsch der auf die verteilten Völker erwiesen, den Wettbewerb auf dem Gebiet der Vorbereitung des Krieges auszuschalten. Sie hat die beteiligten Völker zum Verständnis der besonderen Bedürfnisse jedes einzelnen Landes erzogen. Vielleicht war jedes einzelne Land zu ausschließlich auf seine eigenen Bedürfnisse eingestellt, die sich aus im voraus aufgestellten ultimativen Forderungen ergaben, bevor noch ein Vergleich der verschiedenen Ansichten angestellt worden war.“

Es ist undenkbar, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten, die sich feierlich auf das Prinzip der Rüstungsgleichheit verpflichtet haben, von neuem ihren Völkern die Last des Wettbewerbs zur See nur deshalb auferlegen, weil ihre Sachverständigen sich voreinander über die praktische Auslegung des Prinzips nicht einigen können. Wenn die Vereinigten Staaten in ihrem unter dem Prinzip der Gleichheit aufgestellten Flottenprogramm große Kreuzer verlangen, die Großbritannien nicht brauchen kann, und wenn Großbritannien leichte Kreuzer verlangt, die die Vereinigten Staaten nicht brauchen können, so gibt es keine Entschuldigung, wenn man ein Wettrennen ins Leben ruft, bei dem Schiffe gebaut werden, die keiner von beiden braucht. Das Ergebnis der Konferenz wird nur sein, daß die Welt um so nachdrücklicher verlangt, die Bemühungen um die Auslegung des Prinzips der Gleichheit in den Flottenprogrammen beider Länder solange fortzusetzen, bis ein den Grundzügen der Billigkeit entsprechendes Abkommen erreicht ist.“

Die Ankündigung, daß Amerika die Gleichheit mit England haben müsse, läßt einer Aufrüstung Raum, für die sich die Rüstungsindustrie und die Marinekreise einsetzen.

Der ungetreue Nachlasspfleger. Er ließ sich nie photographieren.

Zu den Berentungen des Nachlasspflegers Paul Ruppolt erfahren wir, daß ein Selbstmord des Flüchtlings nicht wahrscheinlich ist. Kriminalkommissar Rant had, der die Angelegenheit bearbeitet, hielt gestern in der Wohnung noch eine Durchsuchung ab, beschlagnahmte die vorhandenen Akten und vernahm auch die Frau des Flüchtlings. Er stellte fest, daß sich Ruppolt schon seit Anfang d. J. im Besitz eines Auslandspasses befand. Am 7. d. M. ist er nachweislich noch in Warnemünde gesehen worden. Ein Bild von ihm war in der Wohnung nicht vorhanden. Ruppolt zeigte, wie keine Frau befunden, stets eine Abneigung dagegen, sich photographieren zu lassen. Das und die Beschaffung des Auslandspasses lassen darauf schließen, daß er immer damit gerechnet hat, einmal enttarnt zu werden und fliehen zu müssen. Der Flüchtling war früher ein beheldener Gerichtskanzlist. Vorübergehend war er dann als Kanzlist beim Magistrat beschäftigt, bis es ihm gelang, Nachlasspfleger und Verwalter beim Gericht zu werden. Während früher seine Wohnung und sein ganzes Leben der beheldenen Stellung entsprachen, lebte er zuletzt weit über seine Verhältnisse hinaus. In der Berliner Straße zu Wilmersdorf hatte er eine elegant eingerichtete 5-Zimmer-Wohnung inne. Seine Frau erhielt früher 90 M. Wirtschaftsgeld monatlich, jetzt dagegen 350 M. Dazu kamen noch 177 M. Ausgaben für die Wohnung. Frau Ruppolt machte das alles ruhig. Ihr Mann beschuldigte sie aber immer, indem er ihr erzählte, daß er 30 Verwaltungen habe und an jeder 3000 bis 6000 M. verdiene. Wie die Kriminalpolizei festgestellt hat, erhob der Flüchtling seit Februar d. J. von seinem Bankkonto einmal 50.000 M. und später noch einmal 25.000 M. Auch dieses Geld hat er wahrscheinlich zu Spekulationen, Häuserkäufen usw. verwendet. Nach den bisherigen Ermittlungen hat er vermuthlich nur flüchtiges Geld aus der Lichtberger Nachlassverwaltung an sich bringen können. Während der Ferien wohnte Ruppolt mit Frau und Kindern im vornehmsten Binger Hotel. Von dort aus machte er mehrere Reisen.

Kein Umbau des Krankenhauses Moabit? Die Gesundheitsdeputation sperrt die Mittel.

Nach einer Mitteilung der Bauverwaltung des Bezirks amtes Tiergarten ist eine Verzögerung in dem Ergänzungsbau beim Krankenhaus Moabit dadurch eingetreten, daß im letzten Augenblick die zentrale Gesundheitsdeputation, der die Baupläne bereits seit ein- einhalb Jahren zur Prüfung vorlagen, nunmehr Einspruch gegen diese Pläne erhob.

Durch den Einspruch dürften sich Mehrkosten in Höhe von etwa einer halben Million Mark ergeben, und die Verzögerung des Baues durch diesen Einspruch wird nach sachmännlicher Ansicht etwa vier bis fünf Monate dauern. Hinzu kommt noch die Pause im Winter, so daß man mit einer Verzögerung von mindestens acht Monaten rechnen kann. Das ist um so bedauerlicher, als sämtliche Parteien der Bezirksverwaltung Tiergarten sich energisch für sofortige Inangriffnahme des Ergänzungsbau bei der zentralen Verwaltung eingesetzt hatten. Die seit 1861 im Krankenhaus Moabit vorhandenen Baracken sind heute gesundheitschädlich. Die Entfernung dieser Baracken ist daher eine dringende Notwendigkeit; es waren auch bereits 800.000 Mark von der zentralen Verwaltung zum Beginn des Baues freigegeben worden. Durch den Einspruch kann nun mit dem Bau nicht begonnen werden.

Der Lotteriestandal.

Die Maßnahmen der Direktion.

Die General-Lotteriedirektion hat, wie wir heute bereits mitteilten, die Ziehung der fünften Klasse verschoben, um das gesamte Ziehungsmaterial nochmal nachprüfen zu können. Die nicht gezogenen Nummern werden durch das schon vorbereitete Ziehungsmaterial der nächsten Ziehung ersetzt.

Die Direktion plant, das Einschütten der neuen Lose und Gewinne im Beisein von Pressevertretern und einem möglichst großen Kreis von Zuschauern vornehmen zu lassen. Jeder soll in der Lage sein zu verlangen, daß vor der Einschüttung seine Nummer ausgemacht wird, so daß jeder Spieler die Möglichkeit erhält, mitzukontrollieren, daß seine Nummer auch in die richtige Trommel gemorart wird. Die Herausziehung der bereits mit Gewinnen bedachten Losnummern aus der Ziehungsserie, die für die fünfte Ziehung nun verordnet wird, hat begonnen. Es ist damit zu rechnen, daß in etwa acht Tagen die Ziehung stattfinden kann. Die Direktion hat wiederholt in der letzten Zeit die verschiedensten Vorschläge aus den Kreisen der Industrie nachgeprüft, um eine Automatisierung des Ziehungsbetriebes zu erreichen. Heute vormittag hat sich wieder ein Erfinder bei der Lotteriedirektion gemeldet, der einen neuen Vorschlag unterbreiten will. Die Direktion will jede Anstrengung machen, um das durch den Betrugsfall verminderte Vertrauen im Publikum wieder herzustellen. Zunächst werden von der Lotteriedirektion im Augenblick zusammen mit der Polizei Untersuchungen nach der Richtung angestellt, ob die schuldigen Beamten, Böhm und Schleinstein, sich noch andere Berfehlungen haben zuschulden kommen lassen. Bis jetzt haben sich allerdings, wie wir von bestunterrichteter Seite erfahren, keine Anzeichen dafür ergeben, daß die beiden Genannten etwa früher schon diese Art der „Glückstortur“ betrieben und unrechtmäßig Gewinne an sich gebracht haben. Immerhin werden aber die Nachforschungen bis ins Kleinste ausgedehnt und man sucht zu ermitteln, ob etwa die Beamten sich im Besitz anderer als der bisher bekannten Bankkonten befinden, auf denen Gelder untergebracht sein könnten.

Die Verhandlungen zwischen der Lotteriedirektion und dem Finanzministerium werden mit größter Beschleunigung geführt, denn zu Beginn der neuen Ziehung will die Staatliche Klassenlotterie bereits ihre durchgreifenden Änderungen treffen.

Es ist mehrfach die Frage aufgetaucht, ob die Schiedungen der beiden verhafteten Beamten an dem Ergebnis der bisherigen Ziehungen etwas ändern, ob die Ungültigkeitserklärung der Gewinne erfolgen kann oder nicht. Wie wir von zuständiger Seite hierzu erfahren, kommt eine solche Maßregel nicht in Frage. Nach den geltenden Bestimmungen steht die Lotteriedirektion auf dem Standpunkt, daß durch Erwerb eines Loses ein Vertrag zwischen dem Spieler und der Lotterieverwaltung zustande kommt, bei welchem auch der Spieler in die Bestimmungen einwilligt, die von den staatlichen Stellen aufgestellt sind. Diese bejagen ausdrücklich, daß bei Streitigkeiten der Präsident der Lotterieverwaltung entscheidet und daß bei Anrufung der zweiten Instanz der Finanzminister ebenfalls unter Ausschluß der Gerichte das endgültige Urteil zu fällen hat. Das Finanzministerium ist nun seinerseits der

Ansicht, daß zunächst das Ergebnis der gerichtlichen Untersuchung gegen Schleinstein und Böhm abgewartet werden müsse, und daß man in ein schwebendes Verfahren mindestens nicht eingreifen könne. Aber selbst wenn die Schuld der beiden Beamten durch den Richter klar bestätigt wird, besteht nur wenig Aussicht, daß etwa die in Frage kommende Ziehung als ungültig erklärt wird. Eine solche Maßnahme würde nämlich mindestens den Protest aller Gewinner hervorrufen und die staatlichen Stellen hätten einen förmlichen Klassenkönig von Protesten zu erwarten, zumal es auch praktisch nicht möglich sein würde, etwa zwangsmäßig die Gewinne der Spieler in voller Höhe wieder einzutreiben.

Die „Vossische Zeitung“ bringt heute vormittag in großer Aufmachung eine Meldung über einen weiteren Betrug. Wir erfahren von dem ersten Direktor der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie, Herrn Direktor Bous, zu diesem Vorfalle folgendes: Im November 1925 ließ sich bei dem vorgenannten Direktor ein Ingenieur Gerdes melden und brachte eine Beschwerde gegen den Lotteriejahresnehmer aus Mariendorf Juhre. Nach seiner Angabe hatte J. ihm für einen Betrag, den er ihm schuldet, Lose verkauft. G. hat diese Lose nicht im Original bekommen, sondern nur einen Gewahrsamschein. Gerdes hatte festgestellt, das J. trotz des Gewahrsamscheines einen Teil der Lose weiter verkauft hatte. G. verlangte nun, daß die Lotteriedirektion gegen den Jahresnehmer vorgehen und vor allem die Auszahlung irgendwelcher Gewinne auf diese Lose sperren sollte. Die Lotteriedirektion machte Gerdes klar, daß sie nur vorgehen könne, wenn G. durch ein rechtskräftiges Urteil die Lose in die Hand bekommt. Um eventuelle Gewinne für Gerdes sicherzustellen, ließ die Direktion die Auszahlung der Gewinne sperren. Es handelte sich um etwa 2.000 Mark. Nachdem sämtliche Klassen der Lotterie gespielt waren und die Auszahlungsschrift für Gewinne abließ, sah sich die Direktion, da G. kein Urteil erwirkt hatte, gezwungen, an Juhre die Gewinne auszuzahlen. Nachdem die Gewinne an J. ausgezahlt waren, stellte Gerdes gegen Juhre Strafantrag. Juhre wurde dann vom Amtsgericht Tempelhof zu vier Monaten und zehn Tagen Gefängnis verurteilt. Gerdes verlangte von der Lotteriedirektion auf Grund dieses Urteils Schadenertrag. Die Direktion mußte das ablehnen; sie hatte G. den Weg gezeigt, um in den Besitz der Lose zu kommen. Wenn Gerdes ihn nicht beschritten hat, so muß er den Verlust zahlen. In dem Bericht sind noch einige Unrichtigkeiten enthalten insofern, als der Lotteriedirektion der Vorwurf gemacht wird, sie hätte einen Jahresnehmer eingestell, der bereits vorbestraft war. Juhre, der Jahresnehmer, war zu der Zeit, als er eingestellt wurde, noch Erfindungen bei der Polizei, nicht vorbestraft. Des weiteren stimmt nicht, daß ein Direktor Gerdes abgeraten hat, Strafantrag zu stellen, weil J. Verwandter eines bekannten Staatsmannes sei. Direktor Bous, der die betreffende Unterhaltung geführt hat, versichert uns, daß G. anlässlich eines Besuches die Drohung ausgesprochen habe, er wisse, warum kein Strafantrag gestellt wird, Juhre sei der Neffe von Stresemann. Direktor Bous versichert uns, daß er sich G. gegenüber aufs energischste diese Unterstellung und Verdächtigung verboten habe.

Die gesundheitsschädlichen Baracken müssen weiter mit Kranken belegt werden. Hier ist die Frage am Platze: Wem ist für diesen Einspruch die Schuld beizumessen?

Schweres Explosionsunglück in Magdeburg. Bisher 1 Toter, 7 Schwerverletzte.

Magdeburg, 9. August. (Eigenbericht.) Bei der deutsch-italienischen Feuerwerksgeellschaft, die in einem Fort bei Magdeburg ihren Betrieb hatte, ereignete sich heute morgen eine schwere Explosion, die wahrscheinlich eine Tote und sieben Schwerverletzte forderte. Die Tote ist ein junges Mädchen, das vermißt wird und das wahrscheinlich unter den Trümmern begraben liegt. Der Magistrat von Magdeburg hat seinerseits energisch bei den staatlichen Stellen Einspruch gegen die Lagerung von Sprengstoff in dem jetzt zerstörten Fort erhoben. Der Staat hat es auch abgelehnt, Feuerweh- und Brandsachverständige wegen der sachgemäßen Unterbringung der Feuerwerkskörper zu Rate zu ziehen. Durch die Gewalt der Explosion wurde in der Nachbarschaft des Forts ein Haus abgedeckt. Zahlreiche Fensterscheiben sind in weiterer Entfernung von der Unglücksstelle geplatzt. Selbstverständlich wird dieses Unglück für den Magistrat der Anlaß sein, auf die Berechtigung seiner früheren Einsprüche hinzuweisen und zu fordern, daß in Zukunft Maßnahmen getroffen werden, die derartige Katastrophen in der Nähe von Wohnstätten verhindern.

Die Ursache der Katastrophe ist nicht bekannt. Man nimmt an, daß sie durch einen achlos fortgeworfenen glimmenden Zigarettenstummel hervorgerufen wurde.

Der rabiate Stiefbruder.

Ein Schuß in der Notwehr.

Mit dem Tode eines Stiefbruders endete eine Auseinandersetzung zwischen dem 34 Jahre alten Sattler Paul Rosenfeld und zwei Gebrüdern Schulz. Rosenfeld hielt sich gestern am Sonntag nachmittag in der elterlichen Laube in der Kolonie „Rotes Kreuz“ am Saatwintler Damm auf. Rosenfeld ist ein Stiefbruder der beiden Schulz, lebte aber seit längerer Zeit mit ihnen auf gespanntem Fuße, da er die Ehefrau des einen Stiefbruders begehrt und sich ihr unziemlich zu nähern versucht hatte. Der als gewalttätig bekannte Rosenfeld hatte auch gedroht, daß er, wenn die Stiefbrüder ihn zur Rechenschaft zögen, sie ohne weiteres niederschlagen würde, ohne sich Skrupeln zu machen. Als die Brüder tatsächlich gestern um 16 Uhr erschienen und ihn zur Rede stellen wollten, zog er nach kurzem Wortwechsel ein Messer und drang auf den 32 Jahre alten Friedrich Schulz, dem älteren der beiden, ein, um den Todenden abzumehren, so daß Schulz auf ihn und traf ihn mit einem Herzschuß, so daß er auf der Stelle tot zu Boden sank. Gemeinsam benachrichtigten die Brüder einen Arzt und begaben sich dann zum Polizeirevier, wo der Schütze sich zur Verfügung stellte. Durch die Untersuchung der Kriminalpolizei wurde festgestellt, daß Schulz sich tatsächlich, wie er angab, in Notwehr befunden hat.

Störung auf der Vorortbahn.

Heute früh gegen 6 Uhr entstand auf der Vorortstrecke Friedrichshagen-Sallescher Bahnhof eine empfindliche Störung. Kurz vor der Station Strauß-Kummelsburg blieb der Vorortzug infolge Lokomotivschadens mitten auf der Strecke liegen. Nach einer halben Stunde um etwa 35 Minuten konnte der Zug mit einer Referenzlokomotive weitergeführt werden. Auch der übrige Zugverkehr wurde durch den Vorfall sehr unregelmäßig, so daß zahlreiche Arbeiter nur mit Verspätungen ihre Arbeitsstätten erreichen konnten.

Heute früh gegen 1/6 Uhr stürzte der Lokomotivbeizer Albert Brandes aus der Seeburgstraße 19 B zu Spanbau auf dem Spanbauer Güterbahnhof, als er sich auf dem Heimweg befand, neben den Gleisen plötzlich zu Boden und verstarb noch bevor ärztliche Hilfe zur Stelle war. Die Todesursache konnte bisher noch nicht festgestellt werden. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Zum deutschen Ozeanflug.

Zwischenflugzeuge starten voraussichtlich Sonnabend.

Deftau, 9. August. (WB.)

Die Junkers-Werke erklären jetzt offiziell, daß der Ozeanflug bestimmt nicht vor Sonnabend dieser Woche stattfinden kann, weil der Pilot Koch sich bei der Rollandung in der vorigen Woche Verbrennungen durch Benzindämpfe zugezogen hat, deren Heilung ihn erst Ende der Woche in die Lage versetzt, die lange Ozeanüberfahrt zu unternehmen.

Die Firma Elektrolog-Hannover hat für den ersten deutschen Ozeanflug 50.000 M. als Preis gestiftet. Neben der Stadt Philadelphia, die bekanntlich 25.000 Dollar für den gleichen Zweck gestiftet hat, haben auch zahlreiche amerikanische Gesellschaften, besonders in New York, Geldpreise für die erste Überquerung des Ozeans durch ein deutsches Flugzeug ausgemworfen.

Paris, 9. August. (WB.)

Gegenwärtig stehen vier französische Mannschaften im Begriff, den Flug über den Atlantischen Ozean anzutreten. Wann der Start erfolgen wird, ist mit Bestimmtheit nicht zu erfahren, da sämtliche Kandidaten absolutes Stillschweigen bewahren, um ihren französischen, und vor allem den ebenfalls startenden deutschen Konkurrenten keinen Trumpf in die Hand zu geben. Die meisten Flieger sprechen von Donnerstag. Nach dem Stand der Vorbereitungen ist damit zu rechnen, daß Coste als erster aufsteigen dürfte. Auch der „Blanc-Vogel“ Lyons ist ziemlich flugbereit, während die „Columbia“ infolge der in den letzten Tagen zwischen Drouhin und Levine bestandenen Meinungsverschiedenheiten etwas in Rückstand geraten ist. Der „Lango-Vogel“ Tarascos kommt als Konkurrent nicht vor Ende der Woche in Betracht, da seine Probeflüge erst heute begonnen haben.

Ein seltsamer Kleiderfund.

Große Aufregung verursachte ein Kleiderfund in Lichtenberg. An der Flussbadeanstalt fand man abends die Kleidung von drei kleinen Mädchen, während die Kinder selbst verschunden und nicht zu finden waren. Alle Nachforschungen des Reichswasserschutzes und der ebenfalls alarmierten Kriminalpolizei blieben erfolglos. 20 bis 30 Sportleute tauchten nach den Vermissten, fanden aber auch keine Spur. Der Reichswasserschutzhut hat heute die Ermittlungen wieder aufgenommen, bisher aber auch ohne Erfolg. Die Flussbadeanstalt, die in der Nähe des Kraftwerkes Kummelsburg liegt, war gestern von Erwachsenen und Kindern so stark besucht, daß die Aus- und Ankleidezellen nicht ausreichten und viele Badegäste sich im freien ihrer Kleidung entledigten. So ist es wohl möglich, daß die drei kleinen Mädchen beim Schlupf der Anstalt ihre Kleidungsstücke nicht wiedergefunden haben und im Badeanzug nach Hause gegangen sind. Die Eltern werden dringend gebeten, sich unverzüglich bei der Kriminalpolizei in Lichtenberg oder auf dem 254. Revier zu melden.

Zusammenstoß mit einem Eisberg. Der auf dem Wege nach Bahia Blanca befindliche Dampfer „Mammeri“ ist, einem Nonstop-Telegramm zufolge, auf dem 49. Breitengrad auf einen Eisberg gestoßen. Das Borderteil des 8000 Tonnen großen Schiffes ist mit Wasser gefüllt. Das Schiff befindet sich zurzeit mit sechs Knoten Geschwindigkeit auf dem Wege nach seinem Bestimmungsort. Eine unmittelbare Gefahr besteht, wie man glaubt, nicht.

Das freisprechende Urteil im Prozeß Uebele ist nunmehr rechtskräftig geworden, nachdem die Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in München ihre Revision gegen den Freispruch zurückgezogen hat.

Eine glänzende Einkaufsgelegenheit für Textilwaren höchster Qualität zu billigen Preisen bietet für jedermann die am 8. August begonnene Textilmesse im Kaufhaus Wilhelm Tell, Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 162. Dem Grundbesitzer der Firma Wilhelm Tell ist als führender Kaufhaus Schönebergs beizubringen. „Beste Qualitäten zu billigen Preisen“, ist durch besonders günstige Einkaufsmöglichkeiten gekennzeichnet und ist dem Konsumenten neue Vorteile erwachsen.

Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes.

Soll der Bod zum Gärtner gemacht werden?

In dem Artikel „Zum Berufsausbildungsgesetz“ in der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 4. August wurde erwähnt, daß zur Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes paritätische Ausschüsse bei den Handwerks- und Handelskammern geschaffen werden sollen. Maßgebend dafür war nach der Begründung des Gesetzes die Überlegung, daß neue Behörden nicht geschaffen werden können, also an Bestehendes angeknüpft werden muß.

„Dabei ergab sich von vornherein, (1) daß man nur die bestehenden gesetzlichen Berufsvertretungen, in der Hauptsache also Handwerks- und Handelskammern, zu Trägern des gesamten Verfahrens machen konnte. Jede andere Lösung hätte neue, in der Luft hängende Körperschaften oder Behörden ohne Erfahrung, Geld und Autorität geschaffen.“

„Betont wird weiter, daß das Gesetz auf der Grundlage der Selbstverwaltung der Beteiligten und der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer durchgeführt werden soll. Wo bleibt die Gleichberechtigung, wenn der Entwurf die reinen Unternehmervertretungen in Gestalt der Handwerks- und Handelskammern zum ausführenden Organ macht?“

Es ist eine in die heutige Zeit nicht mehr passende Vorstellung, daß die Arbeiter sich damit begnügen sollen, bei der Beschlußfassung in den paritätischen Ausschüssen mitzuwirken, im übrigen aber die Geschäftsführung und die Durchführung der Beschlüsse den Arbeitgeberorganen zu überlassen. Auf dieses Gebiet werden die Gewerkschaften dem Gesetzentwurf nicht folgen. Das verbietet ihnen schon allein ihre Selbstachtung.

In der Hauptsache aber sprechen gewichtige sachliche Gründe gegen die im Entwurf vorgesehene Regelung. Die Begründung stellt fest, daß wohl die Handwerkskammern schon jetzt „in erheblichem, wenn auch nicht ausreichendem Maße“ zur Regelung des Berufsausbildungswesens zuständig sind.

Wenn die Handwerkskammern nicht in so hohem Maße versagt hätten bei der Regelung und Entwicklung des Lehrlingswesens, dann würde eine gesetzliche Neuregelung weniger dringlich gewesen sein. Die Handwerkskammern sind ausführende Organe der Innungen und vertreten die Auffassung deren Mitglieder, die in erster Linie ihre eigenen Interessen und nicht die der Lehrlinge wahrzunehmen suchen. Von den Handelskammern hat sich bisher überhaupt nur ein Teil bereits mit Lehrlingsfragen beschäftigt.

Die Mehrzahl der Handelskammern müßte also auch den erforderlichen Apparat erst schaffen. Die übrigen aber ihn ganz wesentlich ausbauen.

Nach den Angaben des statistischen Jahrbuches für das Jahr 1924/25 bestehen im Deutschen Reich 69 Handwerks- und 138 Industrie- und Handelskammern. Es ist schwer vorstellbar, daß die Handwerkskammern in der Lage sind, von ihren 69 Geschäftsstellen aus die Berufsausbildung für das Handwerk im ganzen Deutschen Reich zu regeln. Es ist nur auf die eine Aufgabe der Ermittlung und Eintragung der anerkannten Lehrbetriebe hingewiesen, die unmöglich für so große Bezirke, wie die Kammerbezirke sie darstellen, von einer Stelle aus durchgeführt werden kann. Es müßten zweifellos erst eine ganze Reihe von Zweigstellen geschaffen werden, damit sie den ihnen durch das Berufsausbildungsgesetz überwiesenen Aufgaben rein technisch gerecht werden können.

Schaff nun aber wirklich jede andere Lösung „neue, in der Luft hängende Körperschaften oder Behörden ohne Erfahrung, Geld oder Autorität“? Durch das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist als eine Körperschaft des öffentlichen Rechts die Reichsanstalt für Arbeitsver-

mittlung und Arbeitslosenversicherung geschaffen worden. Durch die Gliederung der Reichsanstalt in Landesarbeitsämter und Arbeitsämter sind auch diese Körperschaften des öffentlichen Rechts, verfügen also auch über die betonte notwendige Autorität. Der Grundgedanke der Selbstverwaltung und Gleichberechtigung ist bei ihnen einwandfrei zur Anwendung gekommen.

Die Zahl der bestehenden Arbeitsämter (zirka 900) ist Beweis dafür, daß es sich hier nicht um in der Luft hängende Körperschaften mit ungenügendem Apparat handelt. Selbst wenn die geplante Zusammenlegung der Arbeitsämter auf etwa 500 erfolgt, so ist immer noch ein so engmaschiges Netz von Stellen zur Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes im Deutschen Reich vorhanden, daß demgegenüber die Zahl der Handwerks- und Handelskammern verschwindend klein ist. Zusammen machen sie ja etwa nur zwei Fünftel davon aus.

Den Arbeitsämtern ist durch Gesetz die Berufsberatung und Lehrstellungsvermittlung bereits übertragen. Es bleibt unerfindlich, aus welchem sachlichen Grunde diese Aufgabengebiete getrennt von den übrigen der Berufsausbildung bearbeitet werden sollen. Die bisher schon vorhandenen Berufsberatungstellen geben auch die Gewähr dafür, daß Erfassung und Apparat in genügendem Maße vorhanden sind.

Nach einer Uebersicht der Reichsarbeitsverwaltung für das Jahr 1922, bestanden damals schon 592 Berufsberatungstellen, von denen 568 mit der Lehrstellungsvermittlung verbunden waren. In dem Geschäftsjahr 1922/23 haben diese Ämter 93 465 Jugendliche in Lehrstellen vermittelt. Inzwischen hat die Weiterentwicklung der Berufsberatung zu einem erheblichen Ausbau ihrer Einrichtungen geführt.

Die Durchführung des Berufsausbildungsgesetzes durch die Arbeitsbehörden würde aber auch einem anderen Mangel abhelfen, der in dem Entwurf in Erscheinung tritt. Der Gesetzentwurf geht von der Grundlage aus, daß die Berufsausbildung der Jugendlichen „vielfach nur der Regelung über nicht allzu große Gebiete bedürftig wird“. Es ist infolgedessen kein zentrales Organ für das Reich vorgesehen, sondern die 69 bzw. 138 Berufsvertretungen sollen unabhängig voneinander alle Fragen selbstständig regeln. Nur für ganz besondere Ausnahmefälle kann die Reichsregierung eine gewisse Vereinheitlichung herbeiführen. Hier liegt eine große Unzulänglichkeit vor, die ohne weiteres dadurch behoben sein würde, daß die Durchführung des Gesetzes der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung übertragen wird. Innerhalb dieser Arbeitsbehörden wären nur sowohl ein zentraler wie auch ein bezirklicher und lokaler Stelle die auch im Berufsausbildungsgesetz vorgesehenen paritätischen Ausschüsse zu errichten, um den ganzen Apparat den besonderen Zwecken der Berufsausbildung dienlich zu machen.

Wenn neue Gesetze Wert für die Zukunft haben sollen, so dürfen sie sich nicht von vornherein an das Herkömmliche und Traditionelle binden. Diesen Fehler macht aber der Entwurf des Berufsausbildungsgesetzes, indem er nur die bestehenden Arbeitgeberkammern zur Durchführung des Gesetzes als geeignet erklärt, und so den Bod zum Gärtner macht.

Die Gewerkschaften leisten sich in ihrer Stellungnahme nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Sachliche Gründe aber lassen keine andere Lösung zu, als daß alle Aufgaben auf dem Gebiete der Berufsausbildung einer Stelle, und zwar der am besten ausgebildeten Stelle zugewiesen werden. Das aber sind zweifellos die Arbeitsbehörden.

Walter Rajcke.

Lohnkampf der belgischen Metallarbeiter.

Bei der Providence in Marchiennes au Pont, einem der bedeutendsten Eisenhüttenwerke Belgiens, droht ein Streik der gesamten Belegschaften auszubrechen. Die Arbeiterchaft hat bereits eine Arbeitsniederlegung zum 15. August angekündigt, wenn ihnen die geforderten Lohnerträge nicht bewilligt werden. Die Hüttenverwaltung erklärt zwar, daß sie nicht in der Lage sei, den Wünschen der Arbeiterchaft nachzukommen, verhandelt aber noch mit den Führern der Gewerkschaften, um einen Streik zu vermeiden.

Wirtschaft

Umstellungserfolge in der deutschen Erdölindustrie. Gewinnabschluss der Deutschen Petroleum A. G. Das Geschäftsjahr 1926, dessen Abschluß die Deutsche Petroleum A. G. Berlin jetzt vorliegt, war das erste Jahr nach der grundlegenden Umstellung dieses Unternehmens. Die beiden größten deutschen Erdölkonzerne, die Rütgerswerke und die Deutsche Erdöl A. G., in deren Händen sich fast das gesamte Kapital der Deutschen Petroleum A. G. befindet, hatten vor knapp zwei Jahren ihre gesamten Delinteressen in dieses Unternehmen eingebracht, das seinerseits sämtliche Nebenbetriebe, wie Zechen und chemische Werke, an die betreffenden Konzerne abgab. Die Zusammenfassung der deutschen Erdölproduktion in einer Hand, die ganz beträchtliche Ersparnisse an Gefehungskosten und im Verwaltungsapparat ergab, wurde weiterhin durch einen großzügigen Ausbau der Absatzorganisation ergänzt. Die zu diesem Zweck gegründete Verkaufsgesellschaft „Dlex“ sicherte sich ihre ausländischen Bezüge durch Verträge mit der Anglo-Persian Oil Company, und durch eine ständige Erweiterung des Pumpennetzes konnte sie bei dem steigenden Brennstoffbedarf des deutschen Automobilwesens eine bedeutende Erhöhung ihres Absatzes verzeichnen. Dem entspricht das Gewinnergebnis. Die Deutsche Petroleum A. G., die im Vorjahr mit einem Verlust von 2,27 Millionen Mark abschloß, weist für das abgelaufene Geschäftsjahr einen Reingewinn von rund 550 000 Mk. aus, obwohl die Abschreibungen von 2,2 Millionen Mark gegenüber dem Vorjahr mehr als verdreifacht wurden. Die Handlungskosten konnten ganz erheblich, von fast 1,0 auf 0,77 Millionen Mark, gesenkt werden und die Zinslasten und Abgaben gleichfalls von 0,87 auf 0,72 Millionen Mark. In der Bilanz erscheinen die 32,0 Millionen Beteiligungen aus dem Vorjahr nur mit 20,1 Millionen, da vertragsgemäß 40 Proz. der „Dlex“-Beteiligungen an die Anglo-Persian Oil Company abgegeben wurden. Mit Hilfe der durch diesen Verkauf eingenommenen Mittel konnten die enormen Vorjahrsschulden von 26,0 Millionen um die Hälfte gesenkt werden, so daß sich die Bilanz bei den von rund 10,1 auf 17,0 Millionen angewachsenen Guthaben sehr flüssig gestaltet hat. Die Rohölgewinnung des Unternehmens im hannoverschen Erdölgebiet betrug 1926 rund 45 000 Tonnen und weist gegenüber dem Vorjahr eine zehnprozentige Steigerung auf.

Ruhnieher des englischen Bergarbeiterstreiks. Der Geschäftsbericht und Jahresabschluss der Hedwigshütte, Anthracit, Kohlen- und Kokeswerke, Stettin, ist ein geradezu typisches Beispiel für die hohen Zufallsgewinne, die Kohlenbergbau und Kohlenhandel in Deutschland aus dem englischen Bergarbeiterstreik herausgeschlagen konnten. Das Unternehmen, das neben eigenen Preßkohlen- und Anthracit-Aufbereitungsanlagen in der Hauptsache inländischen und auswärtigen Kohlenhandel betreibt, weist für 1926 mit rund 545 000 M. einen fünfmal höheren Rohgewinn als im Vorjahre aus. Während nach Vornahme der Abschreibungen im Vorjahr ein Verlust von 13 000 M. verblieb, kann die Gesellschaft jetzt einen Reingewinn von rund 415 000 M. präsentieren, aus dem die hohe Dividende von 8 Proz. gezahlt wird. In der Bilanz erscheinen die Anlagen, Dampfer und Beteiligungen kaum verändert. Dagegen hat sich der Stand der laufenden Konten erheblich verflüssigt. Die Forderungen sind insgesamt von 4,25 auf 4,57 Mill. M. gestiegen, während die Schulden von 3,4 auf 2,8 Mill. M. gesenkt wurden. Interessant ist die Feststellung des Geschäftsberichtes, daß die Halbenbestände des westdeutschen und schlesischen Steinkohlenbergbaus durch den Bedarf Großbritanniens und der von England vor dem Streik belieferten Länder so schnell im Herbst 1926 aufgebraucht waren, daß der Kohlenhandel Mühe hatte, aus der frühen Produktion die für das Inland erforderlichen Kohlenmengen zu erhalten.

Verantwortlich für Politik: Richard Bernheim; Wirtschaft: A. Catenius; Gewerkschaftsbewegung: Reich. Caternius; Reichswehr: R. S. Wücher; Kulturelles und Sportliches: Feig. Reichswehr; Auswärtige: Th. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Lohndruck zwecks Preiserhöhung.

Gewitterwolken im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau herrscht seit längerer Zeit Hochkonjunktur. Die Unternehmer machen gute Geschäfte. Stapel sind im Gegenjahre zu früheren Jahren so gut wie gar nicht vorhanden. Eine ganze Reihe von Werken sucht zu Vereinbarungen mit den Betriebsvertretungen zu gelangen, um Sonntags durcharbeiten zu können, damit die Werke genügend Vorrat beschaffen, um den Anforderungen für den Herbst und Winter entsprechen zu können. Die Unternehmungen verdienen bei der jetzigen guten Geschäftslage ungeheure Summen. Die früher verausgabten Gelder für die Briteristapeln und Weiterverladung bleiben in ihren Kassen. Jedenfalls werden die Geschäftsergebnisse besser sein als im vorigem Jahre. Die Arbeiter werden aus allen Betrieben Deutschlands zusammengetrommelt, um die notwendige Produktion fertigzustellen.

In letzter Zeit stellen die Werke sogar Anträge, um Ausländer beschäftigten zu können. Trotz allen Anstrengungen gelingt es ihnen nicht, Arbeiter in genügender Anzahl zu bekommen. Wer das Eldorado des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues zur Arbeit aufsuchte, tehrte ihm bald wieder den Rücken. Sind doch die Löhne und Arbeitsverhältnisse bedeutend schlechter als in den anderen Industrien. Um die Arbeiter einigermaßen bei der Stange zu halten, sehen sich die Verwaltungen veranlaßt, teilweise erhebliche Zuschläge zu den Tariflöhnen zu zahlen.

Der Arbeitgeberverband aber lehnt trotzdem jeden Lohnerhöhungsantrag rundweg ab und Schiedsprüche mit der geringsten Aufbesserung der Löhne werden rüchlos von ihm bekämpft.

Der Weissenheit gegenüber klagen die Unternehmer auch jetzt noch mit schlechtem Geschäftsgang und ungenügender Rentabilität der Betriebe. In diesem Sinne wird auch die den Herren zugängliche Presse bearbeitet. Dies zeigte sich bei der Festlegung der Arbeitszeit und nach Harter bei den letzten Lohnstreitigkeiten. Die Arbeiterorganisationen forderten eine Erhöhung der Tariflöhne um 80 P. pro Schicht. Die Berechtigung dieser Forderung ist unbestreitbar.

Allein die Taktik des Arbeitgeberverbandes ist darauf abgestellt, auf dem Rücken der Arbeiter die gebundene Kohlenpreismarktschaft zu bekämpfen. Durch Zahlen-spielerien aus früheren Jahren sucht man die Weissenheit und auch die Reichsbehörden irrezuführen, zu dem Zwecke entweder die Löhne möglichst niedrig zu halten oder bei einer ge-

ringen Lohnerhöhung eine hohe Kohlenpreiserhöhung herauszuschlagen.

Der letzte im Reichsarbeitsministerium gefällte Schiedspruch sah eine Lohnerhöhung von 3 Proz. vor. Dieser klägliche Schiedspruch wurde nicht einmal für verbindlich erklärt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Klagen über die Notlage der Braunkohlenindustrie für bare Münze genommen. Trotz der Erklärung, daß eine Lohnerhöhung in bescheidenem Maße ohne Kohlenpreiserhöhung gewährt werden könne, wurde dem Schiedspruch die Verbindlichkeitsklärung verweigert.

Die Unternehmer glauben, daß sie durch die Hintertreibung der Verbindlichkeit des Schiedspruches taktisch eine gute Position bekommen haben. Ihr Manöver ist sehr durchsichtig. Ihre Absicht, durch eine geringe Lohnerhöhung eine tüchtige Kohlenpreiserhöhung herauszuschlagen, wird kaum erreicht werden. Solange die Herren sich weigern, ihre Gewinne aus der Kohle und deren Nebenprodukten klarzulegen, haben sie kein Recht, eine bessere Preisstellung zu fordern. Ob ihre eingeschlagene Taktik zum Ziel führt, sei dahingestellt.

Eins aber steht fest: die Arbeiter in der Braunkohlenindustrie werden sich das Spiel, das hier getrieben wird, nicht länger gefallen lassen. Die am Tarifvertrag beteiligten Organisationen werden ihre Mahnungen zu treffen wissen, um derartige Manöver künftig zu durchkreuzen.

An die Arbeiterchaft in der Braunkohlenindustrie aber muß die Mahnung ergehen, sich ihren Organisationen anzuschließen, um für alle Fälle gerüstet zu sein.

Tagung des internationalen Bergarbeiterkomitees.

Das Internationale Komitee der Grubenarbeiter, das dieser Tage in Paris zusammengetreten war, befaßte sich mit dem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes über die Grubenarbeit und über das Arbeitslosenproblem. Hierauf wurden mehrere Darstellungen verschiedener Länder über die Lage der Grubenarbeitergewerkschaften entgegengenommen. Das Komitee tritt am 19. Oktober in Warschau wieder zusammen.

Die „Humanité“ hatte ein Interview gebracht, das einer ihrer Mitarbeiter mit Cool gehabt hat. Cool versicherte vor dem Komitee, daß die Behauptungen, die ihm die „Humanité“ in den Mund legte, sämtlich unrichtig seien. Im übrigen sei die Unterhaltung, die er mit dem Vertreter der „Humanité“ gehabt habe, nicht zur Veröffentlichung bestimmt gewesen.

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 9. bis 11. August 1927
Ich war zu Heidelberg Student
Dazu: Der Verfasser

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 9. bis 11. August 1927
Die vom Theater
Ferner: Cohen contra Neiller
Außerdem: Bühnenschauspiel

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 59
Vom 9. bis 11. August 1927
Orientzauber
Ferner: Der Verfasser
Außerdem: Bühnenschauspiel

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 49
Vom 9. bis 11. August 1927
Die Tragödie einer Ehe
Ferner: Bühnenschauspiel

Allgemeine Ortskrankenkasse Bln.-Lichtenberg
Einladung
zur außerordentlichen Ausschlußung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin-Lichtenberg am Mittwoch, den 17. August, abends 6 Uhr, im Rassenhof, Magdalenenstraße 16, 1. Trepp.

Tagungsordnung:
1. Rechnungsabrechnung, 2. Wenderung der Dienstreue, 3. Wahl von 2 Mitglidern gemäß § 102 der Satzung, 4. Rollenangelegenheiten.
Schwerden und Anfragen zu denen die Einlichnahme in die Bücher notwendig ist, sind der Verwaltung 3 Tage vorher bekanntzugeben.
Der Vorsitzende: D. Seitel.

Konkurrenzlos!!!
Metallbetten 10.50 an
mit Polsteranlagen 20. . .
Sofa 50. . .
Chaiselongues 24. . .
Chaiselongues-Bedien 7. . .
Wandbänke 7. . .
Patentmatratzen 9. . .
Freisendung! Ratenzahlung!

Göhr, Berlin, Pappalallee 12
Pankow, Schmidtstr. 1.

Ein Lohndruck zwecks Preiserhöhung
Textil-Messe
Joseph ist unbedingtes Losungswort! *Laßt Euch von der Qualität des großen Oubouff-Lilliqu Paris*
Beginn am 6. August.